



IM SCHATTEN DER RINGE: Seit etwas mehr als einem Jahr ist Thomas Bach Präsident des Olympischen Komitees. Bei seinen ersten Spielen als neuer Chef im russischen Sotschi musste er kräftig Kritik einstecken. Am Freitag kommt Bach nach Baden-Baden, einer Stadt mit historischer Bedeutung für das IOC. Foto: dpa

Stichwort

Wirtschaftsforum

Zum Internationalen Wirtschaftsforum in Baden-Baden kommen am Freitag neben IOC-Präsident **Thomas Bach** eine ganze Reihe prominenter Persönlichkeiten aus Sport, Politik und Wirtschaft. So werden auch der ehemalige südafrikanische Präsident und Friedensnobelpreisträger **Frederik Willem de Klerk**, der Direktor der Berlinale, **Dieter Kosslick**, sowie Unternehmerin **Regine Sixt** teilnehmen. Außerdem sind Musiker **Peter Maffay**, der Präsident des Fußball-Bundesligisten Hannover 96, **Martin Kind**, und SPD-Landesminister **Peter Friedrich** dabei. Zu den Gästen zählen unter anderem auch zahlreiche afrikanische Botschafter.

In mehreren Vorträgen und Podiumsdiskussionen soll auf dem Forum das Thema Globalisierung kritisch beleuchtet werden. Dabei sollen vor allem die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen in den Mittelpunkt rücken. tob

Forum im Netz

Weitere Infos zum Wirtschaftsforum und das Programm unter: wirtschaftsforum-baden-baden.com

Der Herr der Ringe hat ein mächtiges Problem

IOC-Präsident Thomas Bach muss die Olympischen Spiele aus der Krise führen / Auftritt in Baden-Baden

Von unserem Redaktionsmitglied
Tobias Roth

Karlsruhe/Baden-Baden. Thomas Bach kontert schnell. „Niemand muss sich Sorgen um die Olympischen Spiele machen“, versichert er umgehend, nachdem die Absage aus Oslo bekannt geworden war. Norwegen erklärte dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) kürzlich, man wolle die Winterspiele 2022 nicht ausrichten. Der Regierung erschienen die Kosten zu hoch und der Rückhalt in der Bevölkerung zu gering. So bleiben aus einer einst langen Bewerberliste noch zwei Kandidaten übrig: China oder Kasachstan werden 2022 Olympiastadiongeber sein. Die norwegische Zeitung Aftenposten urteilte vernichtend: „Jetzt wird das IOC zugrunde gehen – und die Winterspiele nähern sich ihrem historischen Ende.“

Für den Sportfunktionär Thomas Bach, seit gut einem Jahr IOC-Präsident, ist es eine äußerst schwierige Situation. Es scheint, als stecken die Olympischen Spiele in einer schweren Krise. Kritik wird laut, das Mega-Sportevent werde künftig nur noch in Ländern stattfinden, die sich nicht um Menschenrechte und demokratische Spielregeln scheren. Für den auf acht Jahre gewählten IOC-Boss Bach dürfte es die wohl vordringlichste Aufgabe seiner Amtszeit werden, Olympia aus dieser Krise zu holen, die sich im Grunde so zusammenfassen lässt: Wie politisch

muss oder darf der Sport sein? Der 60-Jährige wird um dieses Thema nicht herumkommen, wenn er nächste Woche auf der Bühne im Baden-Badener Kurhaus steht. Bach wird als Redner beim Internationalen Wirtschaftsforum erwartet, das sich das Thema „Globalisierung wert(e)los?“ vorgenommen hat. Bachs 20-Minuten-Vortrag im Forum „Schaffen Sport und Kultur eine bessere Welt“ trägt den Titel „Die Bedeutung der olympischen Idee für eine globalisierte Welt.“

Es ist ein heikles Thema für den ehemaligen Fechter, der in seinen bisherigen 13 Monaten Amtszeit schon kräftig Kritik einstecken musste. Vor allem sein Auftreten bei den Olympischen Spielen und den Paralympics im russischen Sotschi hat vielen missfallen – auch weil er das demonstrative Fernbleiben deutscher Politiker kritisierte. Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth erklärte damals: „Dass Bach jetzt als Herr des IOC mit Putin Champagner trinkt, das ist für mich unerträglich“, sagte die Grünen-Politikerin und sprach von einer „Verhöhnung der Opfer auf dem Maidan.“ Schnell kamen Zweifel auf, ob Bach überhaupt der richtige Mann ist, um den Olympischen Spiele neue Glaubwürdigkeit zu verlei-



ZU NAH DRAN? Dass Thomas Bach in Sotschi mit Wladimir Putin anstieß, dafür ertete er heftige Kritik. Foto: dpa

hen. Auch Reinhard Hofmann, Initiator des Baden-Badener Wirtschaftsforums weiß: „Das wird eine große Herausforderung für ihn sein.“

Zweifel scheinen zumindest angebracht. Bachs steiler Aufstieg als Sportfunktionär ist nicht geräuschlos verlaufen – und er musste sich immer wieder rechtfertigen. Für Aufregung sorgte vor einigen Jahren vor allem seine Zusammenarbeit mit Siemens. 2008 wurde bekannt, dass der Konzern ihn schon jahrelang mit einem lukrativen Berater-

vertrag versorgte – samt üppigen Tagesspesen. Der Vorwurf gegen Bach stützte sich darauf, dass er seine berufliche Tätigkeit für Siemens mit seiner Arbeit als Vizepräsident des IOC vermischt habe. Siemens profitierte von großen Aufträgen rund um den Sport, insbesondere von den Olympischen Sommerspielen 2008 in Peking. Der Konzern verdiente an Stadion- und Hotelbau, an technischen Anlagen für U-Bahnen und einem Gepäcktransportsystem für den Flughafen. Siemens beendete damals den Beratervertrag mit Bach und versicherte, er sei nie an der Vergabe von Aufträgen beteiligt gewesen.

Von der Journalistenvereinigung „Netzwerk Recherche“ bekam Bach später den Negativpreis „Verschlossene Auster“ verliehen für „die besonders restriktive Informationspolitik des Komitees.“ Dieses dulde „seit vielen Jahren Korruption und Interessenkonflikte bei der Vergabe der Spiele“ und betreibe mit seiner „Informationspolitik das Gegenteil von Fair Play“, so die Begründung.

Nun kommt Bach nach Baden-Baden und die Stadt ist für den IOC ein historisches Pflaster. Beim olympischen Kongress 1981 an der Oos läuteten die Spiele ein neues Zeitalter ein, indem sie sich

vom reinen Amateursport verabschiedeten und den „Profis“ Zugang zu den Wettkämpfen gewährten. Bach zählte damals zu jenen, die die Bildung einer Athletenkommission durchsetzten, die sich fortan für die Belange der Sportler einsetzte. Sein Sportlerherz bestimmte auch oftmals sein Wirken als Funktionär. Als Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) sah er sich allerdings auch immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, den Kampf gegen Doping nicht mit aller Härte zu führen.

Schafft es der einstige Fecht-Olympiasieger nun, die Spiele wieder zu neuem Glanz zu führen? Und vor allem: Kann Bach die Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen Sport, Wirtschaft und Politik so entflechten, dass die Olympischen Spiele wieder ein gern gesehener Gast sind? Einer, der ihn seit vielen Jahren kennt und mit ihm befreundet ist, ist davon überzeugt. „Ich traue Thomas Bach zu, dass er dieses Thema angeht“, sagt Matthias Kleinert, Kuratoriumsvorsitzender des Baden-Badener Wirtschaftsforums.

Als Bach noch nationales IOC-Mitglied war und Kleinert beim Daimlerkonzern unter anderem für Sportsponsoring zuständig, reisten sie viel gemeinsam. Kleinert hat den alten Weggefährten nun nach Baden-Baden geholt und glaubt, dass der Sport sich nicht gänzlich von politischen Debatten lossagen könne. „Und auch Thomas Bach denkt in diese Richtung.“

Was Mario Draghi darf und was nicht

Der Europäische Gerichtshof und die Euro-Krise

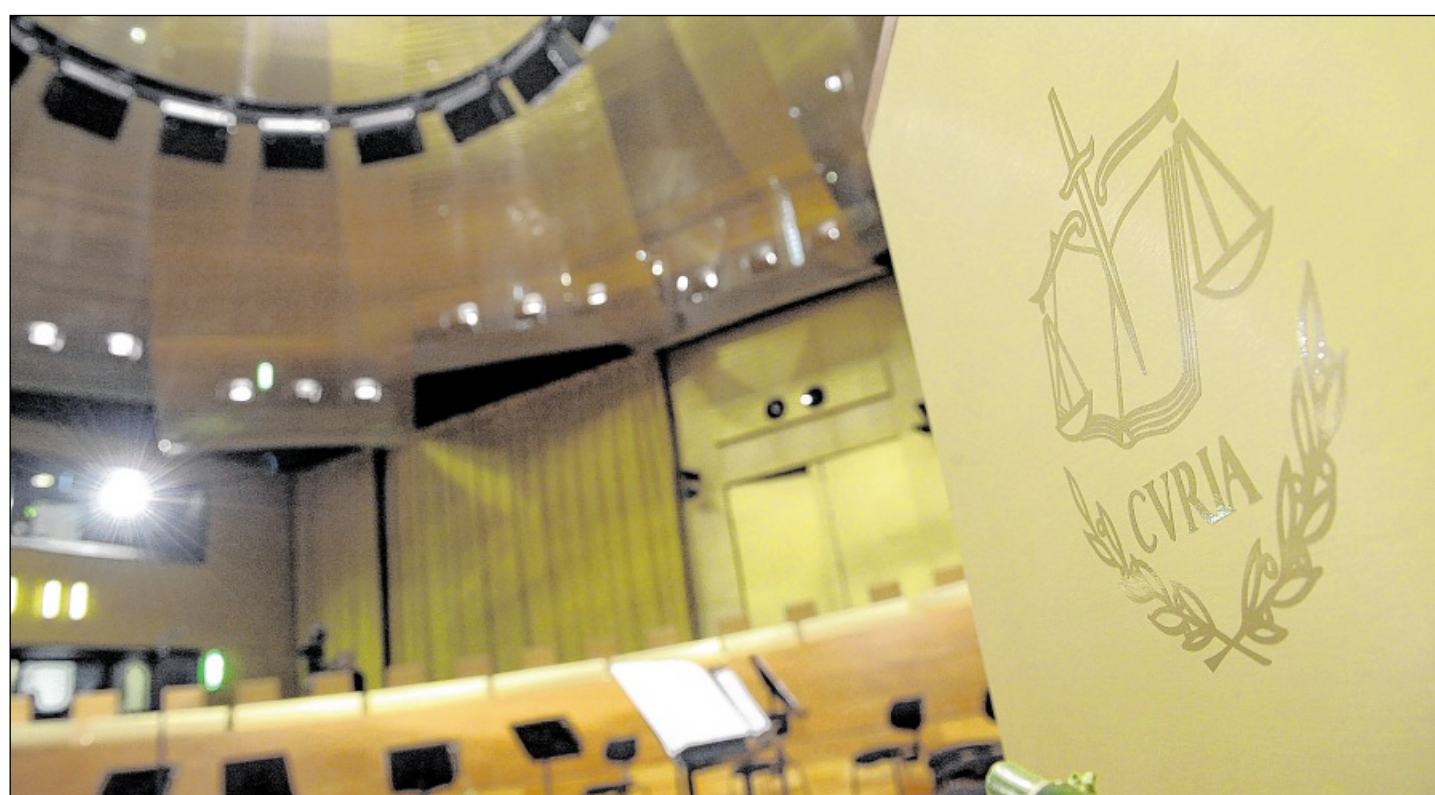
Von unserem Korrespondenten
Christopher Ziedler

Luxemburg. Es ist vor allem Deutsch gesprochen worden gestern in der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg. Das hatte nicht nur damit zu tun, dass ein Fall deutscher Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht von den Karlsruher Richtern erstmals an ihre europäischen Kollegen zur Prüfung übergeben worden war. Vor allem mühten sich mehrere Richter Deutsch zu sprechen – und die Institutionen wie die Kommission, das EU-Parlament und die beklagte Europäische Zentralbank hatten ausnahmslos deutsche Anwälte nach Luxemburg entsandt.

Auch auf Deutsch freilich prallten die verschiedenen Positionen zur Euro-Rettung hart aufeinander. Die rund 37 000 Kläger, darunter auch der CSU-Politiker Peter Gauweiler, sehen im sogenannten OMT-Programm eine „Selbstermächtigung“ der Notenbank, die „keinerlei demokratische Legitimation genießt“ und zudem „den Wettbewerb auf den Staatsschuldenmärkten verfälscht“, wie die Anwälte vortrugen. Und damit, so der Schluss daraus, werde Artikel 123 des EU-Vertrags, der die

monetäre Staatsfinanzierung untersagt, verletzt. In seiner Widerrede blickte Hans-Georg Kamann als Rechtsvertreter der Zentralbank auf den Sommer vor zwei Jahren zurück, den bisherigen Höhepunkt der Euro-Krise. „Die Banken bereiteten sich mehr oder weniger offen auf ein Ende des Euro vor“, so der Anwalt. Am 6. September 2012 hatte EZB-Präsident Mario Draghi schließlich angekündigt, im Notfall Staatsanleihen von Krisenländern in unbegrenzter Höhe aufzukaufen. Als Gegenleistung müssten sich die interessierten Staaten zu einem Reformprogramm verpflichten. In der Folgezeit waren – ohne dass das OMT-Programm zur Anwendung kam – die Zinsen, die beispielsweise Spanien oder Italien damals zu zahlen hatten, deutlich gesunken.

Auf den Vorwurf, die Zentralbank habe mit dieser Maßnahme den Bereich ihrer Zuständigkeit in der Geldpolitik verlassen und unzulässigerweise Wirtschaftspolitik betrieben, antwortete Kamann mit dem bekannten Argumentationsmuster: Wegen der hohen Risikoaufschläge für Staatsanleihen hätten die üblichen geldpolitischen Maßnahmen wie die vorangegangenen Zinssenkungen nicht gefruchtet, weshalb die EZB die „Zinsspitzen“ für einige Mitglied-



DER EUROPÄISCHE GERICHTSHOF in Luxemburg – hier ein Blick in den Verhandlungssaal – muss über die Zulässigkeit der EZB-Ankündigung entscheiden, im Notfall unbegrenzt Staatsanleihen anzukaufen. Foto: dpa

staaten ins Visier genommen habe. Insofern habe auch diese Maßnahme der Preisstabilität gedient, auf die das Mandat der EZB ausgerichtet ist. Vertreter mehrerer Mitgliedstaaten teilten diese Sichtweise. Die Zentralbank agiere nach dem Motto „Geldwertstabilität ist, wenn der Euro stabilisiert wird“, kritisierte wiederum der Tübinger Professor Joachim Starbatty, einer der Mitkläger und inzwischen Europaabgeordneter der AfD. Tatsächlich ging aus den unge-

wöhnlich vielen Fragen der Luxemburger während der Verhandlung eine weit aus kritischere Haltung gegenüber der EZB-Politik hervor, als das vorab vermutet worden war. So fragte zum Beispiel der Vorsitzende Richter Vasilios Skouris beim Vertreter der Bank nach, warum sie noch keine legal bindenden Dokumente zum OMT-Programm produziert habe – das Argument, es könne nicht etwas vertragswidrig sein, was nur per Pressemitteilung angekündigt, aber

nicht durchgeführt wurde, hatte ihn offenbar nicht überzeugt. Den Vertreter der Bundesregierung, der sich vom Gericht ausdrücklich klarstellende Kriterien für solche EZB-Programme gewünscht hatte, fragte der Grieche auf Deutsch, ob er diese im Grundsatz für zulässig halte, „denn wir können ja nicht für etwas Kriterien entwickeln, das prinzipiell unzulässig ist“. Nach kurzem Zögern bejahte der Anwalt Deutschlands.